

Redaktion u. Expedition:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 8  
Tel. A7 Dönhoff 293-297

Erscheint täglich außer Sonntags  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro  
Monat (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)  
im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich  
60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Regelungspreis:  
Die 1932. Jah-  
resgabe 30 Pf.  
Die Restsumme  
betragt 2 Mark.  
Robatte u. Lack.



## Sondergerichte vorm Landtag

### Sozialdemokratie fordert Nachprüfung der Urteile

Im Landtag fand heute wieder eine Annesiedebatte statt. Die Sozialdemokratische Partei hat dazu einen Antrag eingebracht, der eine Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte und weitgehende Begnadigungen fordert. Der Antrag wurde vom Genossen Kuttner begründet, der die Praxis der Sondergerichte scharf geißelte und dabei vor allem auf das unhaltbare Urteil gegen den Reichsbannermann Max Nothe verwies.

Der Antrag wurde vom Landtag angenommen.

#### Harzburger Schimpfduell.

Präsident Kerl eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Kube (Natzog.) folgende Erklärung ab: Ich stelle fest, daß ich mit dem Abg. Steuer nie über die Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Kandidaten für den preussischen Ministerpräsidenten gesprochen habe und daß es eine objektive und subjektive Unrichtigkeit des Abg. Steuer ist, daß, wie er hier im Hause und auch draußen in der Öffentlichkeit im „Lokalanzeiger“ behauptet, ich ausgerechnet Herrn Dr. Bracht als Ministerpräsidenten der Nationalsozialisten für Preußen genannt hätte.

Abg. Koch (Dnat.) weist darauf hin, daß in der gestrigen Sitzung gegenüber dem Abg. Steuer aus den Reihen der nationalsozialistischen Fraktion der beleidigende Zurschandenname „Judenjunge“ gefallen sei. (Seiterkeit rechts.) Wir weisen diesen Vorwurf aufs allerhöchste zurück und erwarten, daß die Fraktion den Zwischenrufer veranlassen wird, diesen Ausdruck mit Bedauern zurückzunehmen.

Abg. Steuer (Dnat.): Tatsächlich habe er gesagt, daß der Abg. Kube ihm erzählt habe, ein Oberbürgermeister einer westlichen Großstadt sei als Ministerpräsidentenkandidat in Aussicht genommen. — Als der Redner dann seine Ausführungen fortsetzt, ertönen von den Nationalsozialisten und namentlich vom Abg. Kube stürmische Protestrufe.

Präsident Kerl entzieht dem Abg. Steuer das Wort, als er sagt: Der Abg. Kube lügt, wenn er...

Abg. Kube (Natzog.) stellt fest, daß er das unforgierliche Stenogramm des Abg. Steuer noch gestern abend nachgelesen habe. — Als der Redner von einer lügnischen Behauptung des Abg. Steuer spricht, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Was den Zurschandenname „Judenjunge“ angeht, so nehme er keinen Anstand, für seine Fraktion zu erklären, daß dieser Zurschandenname nicht aufrechterhalten werde. Aber wenn die Deutschnationalen derartige Zurschandenreden zum Gegenstand der Kritik von der Tribüne des Hauses machen, dann müsse man von dieser Stelle auch eine Bemerkung der deutschnationalen Abg. Frau von Watter auf scharfste zurückweisen, die die Nationalsozialisten „Schweine“ genannt habe. (Stürmische Psuirufe bei den Nationalsozialisten, die sich in erregten Kundgebungen gegen die Deutschnationalen wenden.)

#### Einschreiben gegen die Wanzenburg.

Auf Antrag des Abg. Winger (Soz.) wird ein auf sozialdemokratischen Antrag zurückgehender Beschluß des Wohnungsausschusses angenommen, der sich mit den Mietverhältnissen der alten Stadtpogel am Molkenmarkt zu Berlin beschäftigt. Der Reichskommissar wird darin erlucht:

1. Den Vertrag zwischen dem Fiskus und den Schippanowitschen Erben zum frühesten Termin zu lösen.
2. Mittel bereitzustellen zur anderweitigen Unterbringung der in nicht mehr instandsetzungsfähigen Wohnungen untergebrachten Mieter.
3. Die Polizei anzuweisen, die Schippanowitschen Erben zur schnellsten Herstellung eines polizeimäßigen Zustandes zu zwingen.
4. Herabsetzung der Mieten auf die durchschnittliche Höhe, wie sie dem Pachtvertrag entspricht, mindestens aber um 50 Proz.
5. bei etwaiger späterer Weiterverpachtung des Gebäudes im Verträge die Nutzung als Wohnraum auszuschließen und
6. dem Landtag bis zum 1. November von dem Veranlasseten Bericht zu erstatten.

Weiter wird ein Antrag des Beamtenausschusses beiläufig, der den Reichskommissar erlucht, bei der Durchführung der Verordnung über die Reorganisation von Landkreisen dafür zu sorgen, daß die ausgesprochenen Kündigungen von Angestellten der Landkreise und Amtsgerichte sofort rückgängig gemacht werden, im Einvernehmen mit den Angestelltenräten und Gewerkschaften die Unterbringung in anderen Stellen durchgeführt wird und Dauerangestellte gegen ihren Willen nur unter Bewilligung der gesetzlichen Ruhegehälter entlassen werden. Ausscheidende Angestellte sollen auf eine Abfindungssumme Anspruch haben.

#### Fort mit den Sondergerichten!

Als erster Punkt stehen zur Beratung die Anträge der Kommunisten, des Zentrums und der Nationalsozialisten auf Strafunterbrechung für politische Gefangene. Verbunden (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

## Der Kotau war noch tiefer Was die preussischen Nazis schluckten.

Zu unserem gestrigen Bericht über die Annahme der Beamtenanträge im Preussischen Landtag ist noch folgendes nachzutragen: Die Nazis haben nicht nur für ihren eigenen Antrag gestimmt, der die Beamten zum Gehorsam aufforderte, so lange die kommissarische Regierung die Verfassung respektiert, sondern sie haben auch noch für den folgenden Antrag des Zentrums gestimmt:

„Der Landtag spricht den Beamten Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gibt er der Erwartung Ausdruck, daß die preussischen Beamten auch weiterhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preussischen Beamtentums zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden.“

Die kommissarische Regierung Papen-Bracht hatte auf die Annahme dieses Antrages besonderen Wert gelegt und sie mit zur Voraussetzung einer Beilegung des Konfliktes gemacht. Die Nazis haben also folgendes fertig gebracht:

Sie haben zusammen mit den Kommunisten die Beamten zum Angehörigen gegen Papen-Bracht aufgefordert und sich hinterher bei ihnen dafür bedankt, daß sie trotzdem gehorcht haben!

#### Ritterliches Harzburg.

##### Freifrau von Watter soll Prügel kriegen.

Aus der gestrigen stürmischen Landtagsitzung verdient eine Episode Erwähnung, die gleichermaßen die Ritterlichkeit der Nazis wie die Brüderlichkeit von Harzburg kennzeichnet: Als der Deutschnationale Steuer zum zweiten Male von den Nazis am Sprechen verhindert wurde, machte die deutschnationale Abgeordnete Freifrau von Watter einen erregten Zwischenruf. Sie rief: „Von diesen Schweinen ist ja nichts anderes zu erwarten!“

## Goebbels friegt einen Orden.



Antäplich seiner hervorragenden Dementis wurde Joseph Goebbels mit der „blaffvergoldeten Ente“ ausgezeichnet.

In der Kleinstenratssitzung, über die hier berichtet wurde, führte dann auch der deutschnationale Abgeordnete Bork in sehr langsamem Tone Beschwerde über das Benehmen der Nazis, die den deutschnationalen Redner am Sprechen verhindert hatten. Darauf erklärte der nationalsozialistische Abgeordnete Lohse: „Die Freifrau von Watter hat uns Nationalsozialisten insam beschimpft.“ Die Freifrau von Watter kann von Glück sagen, daß sie eine Frau und kein Mann ist. Sonst hätte sie nämlich von uns Maulschellen bezogen, daß sie vierzehn Tage lang das Bett hätte hüten müssen.“ Angenehme Brüder, angenehme Umgangsformen!

## Der Sturm auf das Volkshaus!

### Landfriedensbruch-Prozess vor dem Sondergericht.

Liegnitz, 23. September. (Eigenbericht.)

In der kommenden Woche wird am Liegnitzer Sondergericht wieder ein großer Landfriedensbruch-Prozess verhandelt. Am Abend des 22. Juli kamen gegen 10 Uhr am Bunzlauer Volkshaus vier Lastkraftwagen mit Angehörigen der Standarte 54, Sturmbanner 2, Lauban der nationalsozialistischen SA auf der Rückkehr von der Liegnitzer Hitler-Kundgebung vorbei. Vor dem Volkshaus hatten sich Kommunisten und Reichsbannerangehörige angeeignet, die die Nationalsozialisten angeblich mit Gejohle begrüßt haben sollen. Von den Lastkraftwagen wurden die Rufe ertönt und es folgten Wurfgeschosse. Die Nationalsozialisten verließen die Lastwagen und stürmten in das Volkshaus, so daß sich sowohl vor dem Volkshaus, als auch im Inneren eine furchtbare Schlacht entspann. Der Torhüter des Volkshauses,

der 52jährige Reichsbannermann Joseph Schreiber, erhielt 2 Schüsse in die Brust

und wurde noch am Kopfe durch Schlagwerkzeuge verletzt. Er wurde sterbend ins Volkshaus gebracht. Außerdem wurden 15 bis 20 Personen verletzt. Die Nationalsozialisten nahmen ihre Verletzten auf den Autos mit. Am Volkshaus wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Bunzlauer und Görtlicher Polizei stellte dann die Ruhe wieder her. Wegen dieser blutigen Vorfälle wurde nun gegen 26 Personen Anklage erhoben, und zwar wegen Landfriedensbruchs, Raufhandels mit Waffensführerschaft, Verübung von Gewalttätigkeiten usw. Zu der Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, sind bis jetzt etwa 35 Zeugen geladen.

Der Liegnitzer Regierungspräsident hatte für die Ermittlung des Mörders des Reichsbannermannes Schreiber 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Angeklagt sind 19 Nationalsozialisten und sieben Reichsbannerleute.

## Hansson bildet die Regierung.

### Rein sozialdemokratische Regierung zustande gekommen.

Stockholm, 23. September. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag hielt die schwedische Sozialdemokratie zur Feier des Wahlsieges im Stockholmer Konzerthaus einen Festabend ab. Im Verlauf des Abends machte Per Hansson die Mitteilung, daß eine rein sozialdemokratische Regierung zustande gekommen sei. Die Ministerliste werde noch am Freitag veröffentlicht.

## Spanien soll vermitteln.

### Damit Deutschland in die Konferenz zurückkehrt.

Paris, 23. September. (Eigenbericht.)

Der Sonderberichterstatter des „Zeit Parisien“ in Genf teilt mit, daß das Büro der Abrüstungskonferenz eine außereuropäische Macht ersucht hätte, mit Deutschland wegen seines Verzichts auf weitere Mitarbeit in dem Büro zu konferieren und es zur Rückkehr aufzufordern. Diese außereuropäische Macht — wahrscheinlich ist an Japan gedacht — hat das ihr gestellte Ansuchen angesichts ihrer schwierigen außenpolitischen Lage jedoch für den Augenblick abgelehnt. Man soll daraufhin das gleiche Ersuchen an den spanischen Delegierten zur Abrüstungskonferenz gerichtet haben, der ihm wahrscheinlich entsprechen wird.









